

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.6.1930 (No. 133)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gieseler
G. M. u. B.,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigergebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Diese sind Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostornos fällt der Fall bis zur Klageverurteilung in bestmöglicher Weise über nicht erachtet. — Die besondere Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Beantwortung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihebescheinigung für Baden, Badischer Zentralanleihebescheinigung für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Beschäftigung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Das Reichsbauwesen in Baden

In einem mit der Überschrift „Baden und die Reichsbauverwaltung“ in der Abendausgabe der „Badischen Presse“ vom 31. Mai 1930 erschienenen Artikel sind auf Grund von „Erfundigungen an zuständiger Berliner Stelle“ Ausführungen gemacht, die folgende Unrichtigkeiten enthalten:

1. Bei den Wohnungsneubauten in Rehl handelt es sich nicht um ein Objekt von 1 Million Baukosten, sondern von rund 330 000 M. Dieser noch von der Reichsbauverwaltung vorbereitete Neubau mußte seinerzeit in größter Eile von der badischen Baubehörde begonnen werden, ohne daß ihr genehmigte Baupläne und ein Kostenvoranschlag übergeben worden waren. Die Genehmigung des Kostenvoranschlags seitens der Reichsfinanzverwaltung erfolgte erst, als der Neubau schon 5 Monate lang bezogen war. Trotzdem hiernach jede technische Vorbereitung des Neubaus fehlte, betrug die Überschreitung der vom Reich vorgesehenen Mittel nicht einmal 1 Proz. Jgendwelche budgetmäßige Schwierigkeiten können dadurch der Reichsfinanzverwaltung bestimmt nicht und um so weniger erwachsen sein, als bei anderen, gleichzeitig von der badischen Baubehörde für das Reich ausgeführten Neubauten des nämlichen Haushaltszeitraums Ersparnisse in wesentlich höherem Umfang gemacht worden sind. Bei dem Wohnungsneubau in Fützen a. B. sind bei einem Voranschlagsbetrag von 86 912 M. Ersparnisse im Betrag von 11 425,83 M. gemacht worden.

2. Die Behauptung, daß „Baden stets zuerst an die Ausführung seiner eigenen Bauvorhaben gehe und in zweiter Linie die Projekte des Reichs berücksichtige und dies zu mancherlei Mißbehelligkeiten geführt“ habe, ist vollständig unzutreffend; gerade das Gegenteil ist der Fall. Gleich bei der Übertragung der Reichsbauverträge an die badischen Bezirksbauämter wurden diese vom badischen Finanzministerium durch Runderlaß und des öfteren auch später nachdrücklich angewiesen, „die Geschäfte für Reichsbauten immer vorzugsweise vor Landesbauverträgen zu erledigen, keinesfalls dürfe die fortdauernde glatte Erledigung der Reichsbauverträge wegen Landesbauaufgaben oder aus etwaigen anderen Gründen verlangsamt oder gar ins Stocken geraten“. Es ist kein Fall bekannt geworden, bei dem diese Anordnung etwa nicht befolgt worden wäre.

Was die Ausführung der Neubauten selbst anbelangt, so mußten die Organe des Reichs bis jetzt nur bestätigen, daß bei der Ausführung der Reichsbauaufgaben von den badischen Bezirksbauämtern nur Bediegenes geleistet worden ist.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage

in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1930

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Die Last der Arbeitslosigkeit hat in der zweiten Hälfte des Mai wieder nur eine recht geringe saisonmäßige Abnahme erfahren. Das bei den Arbeitsämtern am Ende des Monats Mai noch vorhandene Arbeitsangebot an Arbeitskräften hat sich um etwa 5000 Personen vermindert und betrug noch fast 144 000 Arbeitsuchende. Die meisten Arbeitskräfte, nämlich rund 1200 Facharbeiter und einen großen Teil der 2000 ungelerten Arbeiter, die Arbeit erhalten haben, hat das Baugewerbe aufgenommen; auch im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie im Bekleidungs- und Schuhgewerbe sind um 500 bzw. um 800 Arbeitsuchende noch ins Gewicht, während sie in der Industrie der Steine und Erden und vollends in der Landwirtschaft schon sehr abgeschwächt war. Die übrigen Berufsgruppen zeigen mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes und der Papierindustrie seit Mitte des Monats keine Zunahme des Kräfteangebots mehr.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich aber die Mehrbelastung des Arbeitsmarktes weiter verstärkt; sie erstreckt sich mit Ausnahme der badischen Tabakindustrie auf sämtliche Berufsgruppen und beträgt nunmehr 52 000 Personen gegen 50 000 in der Mitte des Mai. Die Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes ist ebenso hoch wie im Depressionsjahr 1926; in der Metallindustrie ist die Arbeitslosigkeit nicht so groß wie damals, im Baugewerbe und in der Holzindustrie ist sie erheblich höher.

Der Restbestand an freien Arbeitsstellen hat weiter abgenommen und den für diese Jahreszeit auch bisher nur im Jahre 1926 beobachteten Tiefstand fast erreicht. Solange sich nicht ein Anzeichen des Restangebots der offenen Stellen zeigt, ist eine wirkliche Erholung des Arbeitsmarktes nicht zu erwarten.

Die Belastung der Unterstüßungseinrichtungen hat in der Berichtszeit noch ganz erheblich weniger abgenommen als die Gesamtlast der Arbeitslosigkeit überhaupt. Einer Abnahme in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung um nur mehr rund 1800 unterstützte Männer steht eine Zunahme um 400 Frauen in der gleichen Unterstützungsart und eine Mehrbelastung der Krisenunterstützung um 600 Personen gegenüber, so daß sich in der zweiten Hälfte des Mai nur mehr eine Gesamtzunahme um rund 800 Personen ergibt gegenüber einer Entlastung um 5700 in der ersten Monatshälfte.

Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 31. Mai 1930 folgender:
In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 70 687 Personen (56 202 Männer, 14 385 Frauen),
in der Krisenunterstützung 15 726 Personen (12 591 Männer, 3135 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 16. bis 31. Mai um 805 Personen oder um 0,9 v. H., von 87 218 Personen (70 167 Männer, 17 051 Frauen) auf 86 413 Personen (68 893 Männer, 17 520 Frauen); davon kamen auf Württemberg 29 508 gegen 30 246 und auf Baden 56 905 gegen 56 972 am 15. Mai 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Mai 1930 auf 1000 Einwohner noch 17,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,8 am 15. Mai 1930 und 10,2 am 31. Mai 1929.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage und die Inanspruchnahme der Unterstüßungseinrichtungen wurden hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

In den Baubetrieben war die Entwicklung gebietlich nicht einheitlich. In einigen wenigen Bezirken konnten von der Mitte des Monats noch vorhandenen arbeitslosen Handwerkern fast die Hälfte Beschäftigung finden, in anderen aber hat die Zahl der verfügbaren Bauarbeiter nur wenig abgenommen; in fast der Hälfte der badischen Arbeitsamtsbezirke hat sich aber so gut wie gar keine Entlastung gezeigt und die Arbeitslosigkeit eher schon wieder zugenommen. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Bauarbeiter betrug Ende Mai noch 10 500 Mann und war diesmal so hoch wie im Vorjahr um die gleiche Zeit. Bemerkenswert ist, daß 1926 zur selben Zeit nur 4200 Bauarbeiter bei den Arbeitsämtern eingetragen waren. Die Zahl der in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Notstandsarbeiter ist auf 3400 Mann zurückgegangen.

Die Lage in der Industrie der Steine und Erden scheint sich mit Ausnahme des oberbadischen Bezirkes etwas befestigt zu haben. Die Aufnahmefähigkeit war zwar gering, doch waren die Schwankungen des Beschäftigungsstandes nicht mehr so stark wie in der ersten Monatshälfte.

Die Landwirtschaft hatte zeitweise regen Bedarf. Sie ist aber bei der Einstellung der Kräfte sehr wählerisch. Sie verzichtet auf die Heranziehung des noch zur Verfügung stehenden Angebots an landwirtschaftlich männlichem Personal. Die Anforderungen kamen daher mehr anderen Berufsgruppen zugute, aus denen sich junge und geeignete Kräfte in ausreichender Zahl anbieten. Nach den Ergebnissen der Statistik haben die Arbeitsuchenden aus der Landwirtschaft überhaupt kaum abgenommen. Eine Wendung zur Besserung wird erst mit dem Beginn der Heuernte zu erwarten sein.

Wenn auch im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ein voller saisonmäßiger Aufschwung der Vermittlungstätigkeit vornehmlich durch die unbeständige Witterung sehr behindert war, so war doch eine merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes festzustellen. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat um rund 10 v. H., und zwar um 200 Männer und 300 weibliche Kräfte, abgenommen.

Die Arbeitsmarktlage in den Konjunkturgruppen bietet immer noch das unerschütterliche Bild einer ausgebreiteten Depression. Am zahlreichsten waren die Stillsetzungsanzeigen und die durchgeführten Einschränkungen von Arbeitszeit und Arbeiterzahl wieder in der Metallindustrie, Maschinenfabriken, der Automobilindustrie, die Drahtindustrie, die Zelluloseindustrie, Metallwarenfabriken und die Schmelzwarenindustrie waren besonders daran beteiligt. Die Gesamtzahl der arbeitssuchenden Metallarbeiter beträgt 29 000 Personen und ist fast doppelt so hoch als Ende Mai vorigen Jahres, erreicht aber nicht die Höhe der Arbeitslosigkeit im Jahre 1926, wo Ende Mai 37 000 Arbeitsuchende vorgemerkte waren.

Die Textilindustrie hatte keine Entlastung zu verzeichnen. Die Lage ist sehr uneinheitlich und unübersichtlich. Größere Entlastungen wurden nicht gemeldet. Der Streik in einem Bezirk der oberbadischen Baumwollindustrie dauerte während der Berichtszeit noch an.

Die Papierindustrie gehörte zu den Wirtschaftszweigen, in denen in der Berichtszeit eine merkliche Verschlechterung eingetreten ist. Betroffen davon waren sowohl die Papierfabrikation selbst als auch die Kartonagenindustrie.

Ganz unbefriedigend war immer noch die Lage in der Holzindustrie, die ebenso wie das Baugewerbe eine größere Arbeitslosigkeit hatte als im Jahr 1926. Der Stand an verfügbaren Kräften betrug Ende Mai über 9000 Mann gegen 6000 im Jahre 1926. Die in der Berichtszeit eingetretene Entlastung ist minimal, vor allem sind in der Möbelindustrie und in der Klavierfabrikation noch keine Anzeichen einer Besserung vorhanden.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist in der Konjunkturindustrie eine lebhaftere Entwicklung immer noch ausgeblieben. Der Beschäftigungsgrad der badischen Zigarrenindustrie ist im langjähren Abnehmen begriffen. Die Zahl der Arbeitsuchenden in der Berufsgruppe stieg um 400 Frauen auf insgesamt 8600 Personen.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe hat die gute Beschäftigung des Schneidergewerbes angehalten, so daß nochmals eine Entlastung des vorhandenen Kräfteangebots zu verzeichnen war. In den übrigen Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für die Entwicklung in der Berichtszeit nicht von Bedeutung.

Eigenartige Antworten auf einfache Fragen

Zum Kapitel Staatsbürgerkunde
Von D. Gispert

Im deutschen Volke ist das Wissen auf dem Gebiete der Staatsbürgerkunde nicht sonderlich groß. Das Verlangen nach Aufklärung wird aber immer allgemeiner, weil die praktische Politik und das Aufgehen im Leben des Staates und Volkes es bedingen. Der Weg zum Staatsvolk geht, wenn auch mühsam, über die staatsbürgerliche Erziehung der Massen. Das Fundament hierzu sollte in den Schulen gelegt werden. Berufsschulen und Fachschulen sollten es ausbauen und befestigen, Staat und Gesellschaft in sachlichem Dienste am Volke das Werk vollenden. Was die Vorkriegszeit versäumt, muß der Volksstaat in seinem eigenen Interesse zum Leben entfalten und daraus Kraft und Stärke holen. Es wäre besser um unser Volk und Vaterland bestellt, wenn an Stelle der radikalen Phrasen das klare und einfache Wissen um die Lebensbedingungen, Lebensmöglichkeiten und Lebensformen unseres Staates, über Wesen und Aufgaben unseres Staates und die Arbeit der Verantwortlichen vordringlich würde. Wie sehr in diesen Beziehungen Wünsche für den Erzieher, wie für den Staatsmann und Politiker übrigbleiben, ergibt eine Umfrage, welche von der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden in Karlsruhe angeregt und ausgehend, im Laufe der Monate März und April bei drei Arbeitsämtern in Baden durchgeführte.

Über ganz einfache, unten näher behandelte Fragen wurden von Arbeitslosen aus kaufmännischem Beruf die Antworten erbeten. Die Fragen wurden in Fachschriften unverändert vorgelegt und sofort unter Aufsicht beantwortet, so daß es unmöglich war, sich für die Antworten vorzubereiten. An den Antworten beteiligten sich 48 weibliche und 117 männliche, zusammen also 165 Arbeitslose. 141 Arbeitslosen wurden 17, weiteren 24 Arbeitslosen nur 15 Fragen vorgelegt. Zusammen lagen also 2757 Fragen vor. Von diesen wurden 2033 beantwortet; 724 blieben unbeantwortet. Richtige Antworten wurden 1537, teilweise richtige 88 und 408 ganz falsche abgegeben. Von den 2757 vorgelegten Fragen wurden also 1133 gar nicht oder falsch beantwortet. Das Schicksal der Fragen im einzelnen ergibt folgendes Bild:

1. Frage: Wie heißt der Reichspräsident? wurde von allen richtig beantwortet.

Die 2. Frage: nach seinem Vorgänger, wurde nur zweimal falsch mit „Stresemann“, zweimal gar nicht, im übrigen 160mal richtig beantwortet.

Die 3. Frage: „Wie heißt der Reichszugler?“ wurde in der Übergangszeit des Kabinetts „Müller“ und „Dr. Brüning“ beantwortet. Diese beiden Namen wurden als richtig bewertet, der größte Prozentsatz dieser Antworten traf 119mal das Richtige. Zwei Antworten tippten auf „Marx“ und 4 auf „Cur-tius“. Außer diesen waren noch 10 weitere falsch. 30 wagten sich gar nicht an die Frage heran und ließen sie unbeantwortet.

Die 4. Frage: „Wie heißt der derzeitige Außenminister?“ wurde 133mal richtig beantwortet, sie konnte 23mal gar nicht beantwortet werden, einer hat den Herrn Finanzminister Moldenhauer zum Außenminister ernannt.

Die 5. Frage nach dem Vorgänger des jetzigen Außenministers, also nach Stresemann, wurde trotz der weltgeschichtlichen Bedeutung dieses Mannes nur 123mal richtig, von 24 Personen gar nicht beantwortet. 5 Antworten waren falsch. Interessante Ergebnisse zeitigte die

6. Frage: „Nach welcher Stadt nennt sich die jetzige deutsche Reichsverfassung und warum?“ Einer, der ganz schief gewickelt sein muß, nannte „Locarno“ (!), einer „Berlin“ und wieder ein anderer „Frankfurt a. M.“. Sieben Antworten waren falsch, 129 richtig. 29 erparnten sich die Mühe des Nachdenkens und antworteten gar nicht. Die Frage, warum die Verfassung den Namen nach Weimar trägt, wurde von einem anscheinend von dem Thüringischen Innenminister Frik begeisterten Arbeitslosen damit beantwortet, daß „Weimar der geistige Mittelpunkt Deutschlands sei“. Nur schwach wagten wir zu hoffen, daß er ein Freund des großen Goethe sein könnte, der ihm zu Ehren Weimar so in den Adelsstand erhob.

Die 7. Frage: „An welchem Tage feiert das deutsche Volk seine Verfassung?“ wurde von 123 richtig mit „11. August“ beantwortet. 23 gaben ihrer Unwissenheit mit Fehlangezeig Ausdruck, 19 hielten den 1. Mai oder den 18. Januar, manche sogar den 11. Januar für den Verfassungstag. Von den 19 falschen Antworten tippten weitaus die meisten auf den 1. Mai.

Die 8. Frage: „Wie heißt das Reichsparlament?“ wurde tatsächlich 51mal keiner Antwort gewürdigt. 6 gaben falsche Antworten. Von 165 trafen in dieser so überaus einfachen Frage nur 108 das Richtige. Doch sicher eine bedenkliche Erscheinung!

9. Frage: „Wie heißt die Körperschaft, in welcher die Vertreter der einzelnen Länderregierungen die Gesetzgebung des Reiches beraten? Auf die richtige Antwort: „Reichsrat“ kamen von 165 nur 71. 37 versuchten der „Landtag“ oder irgendein „Ministerium“ an die Stelle des Reichsrates zu setzen. Einer erhob den ehrenwerten Beruf des „Regierungsrates“ zur Würde des Reichsrates und 57 schwiegen ganz.

Auf die 10. Frage: „Durch welchen Friedensvertrag wurde für Deutschland der Weltkrieg beendet?“ wurde von 165 Antworten in 140 Fällen die richtige mit „Versailles“ gegeben. Nur 3 waren falsch, wovon eine dem „Dawesplan“ den Vorzug gab. Verhältnismäßig hoch ist die Zahl derer, welche gar keine Antwort gaben: 22.

Ganz schlimm erging es der 11. Frage: Welche Männer haben im Namen Deutschlands den Friedensvertrag unterzeichnet?

net? Nicht eine einzige Antwort war richtig. Niemand wollte, daß die Herren Hermann Müller von der Sozialdemokratie und Bell vom Zentrum in Versailles den Friedensvertrag im Namen der deutschen Regierung unterzeichnet haben. 55 füllten den Fragebogen an dieser Stelle gar nicht aus, 110 gaben falsche Antworten. Sehr oft findet man die Antwort: „Erzberger und Rathenau“. Einige Male wurden auch „Brodorf-Ranbau“, „Scheidemann“, „Simon“, „Ebert“, „Reichmann-Solweg“, „Braun“ genannt. Einige verwechselten den Friedensvertrag, der den Weltkrieg beschloß, mit jenem, der den deutsch-französischen Krieg 1870/71 beendete und nannten Kaiser Wilhelm I. und „Bismarck“ als Unterzeichner. Einige bewiesen so wenig parteipolitische Wissen, daß sie „Erzberger und Helfferich“ zusammen als Unterzeichner des Vertrages nannten. Daß Scheidemann auch genannt werden konnte, ist eigenartig, wenn man bedenkt, wach scharfer Gegner der Unterzeichnung er einst war.

Die 12. Frage: „Welche Stellung hatte Bismarck im Deutschen Reich?“ wurde nur 14mal gestellt und 118mal richtig beantwortet. Die einzige falsche Antwort lautete: Minister. 27 wichen der Frage aus, indem sie dieselbe nicht beantworteten. Einmal wurde er „Gründer des Reiches“ genannt, ein anderer belaynte offen und frei: „Die Einigkeit des deutschen Volkes haben wir Bismarck zu verdanken, eine hohe deutsche Gesinnung, die heute mehr denn je fehlt“.

Auch die 13. Frage: „Wie hießen die 3 letzten deutschen Kaiser?“ wurde nur 14mal vorgelegt. Sie fand 77 richtige, 20 falsche und 15 nur teilweise richtige Antworten. Manche nannten nur den Namen: „Wilhelm“. 20 beantworteten die Frage gar nicht.

Die 14. Frage: „Welche Eigenschaft hat das Wahlrecht im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden?“ wurde 165mal gestellt und blieb 100mal unbeantwortet. Die ganz richtige Antwort: „Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, unmittelbar und geheim für über 20 Jahre alte Männer und Frauen, und zwar als Verhältniswahl“ wurde in keinem Falle gegeben. Die Antwort „Verhältniswahl“ oder „Geheim, allgemein und direkt“ wurde aber als richtig bewertet. Diese Bewertung konnte 9mal gegeben werden. 56 Antworten waren falsch.

Die folgenden beiden Fragen betreffen badische Verhältnisse. 15. Frage: „Welchen Titel hat der oberste Beamte in Baden und wie heißt er?“ blieb 5mal unbeantwortet. Trotzdem die Antwort „Staatspräsident“ noch als genügend angesehen wurde, konnte diese Bewertung nur 4mal gegeben werden. Sehr oft hören wir: „Landespräsident“, etliche Male auch „Innenminister“, „Landtagspräsident“, „Oberbürgermeister“. Als Name des Staatspräsidenten wurde oft „Kemmle“ oder „Trunk“ angegeben.

Die 16. Frage: „Seit wann besteht die jetzige badische Verfassung?“ wurde 165mal gestellt und blieb 106mal(1) unbeantwortet. 36 Antworten wurden als richtig bewertet. Sehr oft steht unter den 24 falschen Antworten „11. August 1919“ wieder, auch kann man Antworten lesen wie „Seit etwa 8 Jahren“, „1918“, „1920“, „Anno 1900 dazumal“. Ein ganz Schläuer meinte allfug: „Seit ihrem Inkrafttreten“. Das richtige Datum: „21. März 1919“ (Volksabstimmung) wurde nur ganz wenige Male gegeben.

Die letzte, 17. Frage: „In welchen Fragen der Reichspolitik wurde bis jetzt der Volksentscheid durchgeführt?“ wurde 165mal gestellt und 20mal richtig beantwortet. 60 Antworten waren nur teilweise richtig, weil von den drei Fällen „Fürstenabfindung“, „Panzerkreuzer“, „Youngplan“ nur zwei Fälle angegeben waren. 14 Antworten waren falsch, lauteten auf „Reichspräsidentenwahl“, „Reichstagswahl“, oder nannten nur einen der drei richtigen Fälle. 7mal blieb die Frage ohne Antwort. Auffallend bleibt bei oberflächlicher Betrachtung dieser Feststellungen die große Zahl der Fälle, in denen die Fragen unbeantwortet geblieben sind. Einer, der nur die Frage nach dem Namen des Reichspräsidenten beantwortete, besann in einer Bemerkung, daß „er sich nicht mit Politik befassen würde“; ein anderer stellt sich als „politisch indifferent“ vor. Sehr oft wurden nur die Fragen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 beantwortet, oder auch nur 2 oder 3 dieser Fragen.

Die mangelhafte Beantwortung der Fragen aus der badischen Staatsbürgerkunde gibt zu Denken Anlaß. Es ist wohl möglich, daß die Personen, an welche die Fragen gerichtet wurden, zu einem gewissen Teil Nichtbadener waren. Feststellungen hierzu wurden nicht getroffen. Die meisten Personen standen bei Beantwortung der Fragen im Alter von 18 bis 30 Jahren, sind also Kinder dieses Jahrhunderts auch dem Geburtsdatum nach. Nur bei einem Arbeitsamt ist der Altersunterschied ein größerer. Er schwankt dort zwischen 24 und 53 Jahren. Die Überprüfung der Ergebnisse zeigt ein schwächeres Wissen bei den weiblichen Personen. Der Vorsprung der Männer ist bei manchen Fragen sehr stark. Kein einziger Fragebogen wurde vollständig richtig beantwortet abgegeben.

Interessant ist die Tatsache, daß auch in anderen Ländern ähnliche Fragebogen zur Beantwortung bei Arbeitsämtern zirkulierten und überall ein ähnlicher Erfolg bzw. Mißerfolg sich ergeben hat. In Sachsen wurden von zusammen 5224 Fragen nur 3239 beantwortet, 508 mußten als falsch bewertet werden. In einem anderen Falle wurden von 476 Fragen 300 überhaupt nicht oder falsch beantwortet.

Es ist nicht anzunehmen, daß ähnliche Umfragen, über den Kreis der Arbeitslosen hinaus gestellt, in den breiteren Massen des deutschen Volkes ein besseres Schicksal erleben würden. Wir haben es mit einer Erscheinung im Gesamtvolk des deutschen Vaterlandes zu tun. Die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Aufklärung ergibt sich für Staat und Gesellschaft mit zwingender Kraft aus den obigen Feststellungen. Zwingend wird wohl auch die Überlegung sein, ob und wie man besonders die weiten Kreise der Arbeitslosen mit staatsbürgerlicher Aufklärung in eine weniger gereizte und gedrückte Einstellung bringen und von schlagwortfreundlichen, extremen Anschauungen entfernen kann.

Riesenfeuer in Dänemark

W.D. Nykjöbing (Insel Falster), 10. Juni. (Tel.) Ein Feuer, das in der Nacht zum Sonntag hier ausbrach, hat sich zu einem Riesenbrand entwickelt. Derd war der Betrieb der Holzgroßhandels-W.G. Lütten-Prigast & Co. Die Flammen zerstörten zunächst das große Holzlager und die Kontorbaulichkeiten dieser Firma. Bevor die Feuerwehr zur Stelle war, war auch schon das Kornpachhaus der Getreidefirma Milten & Co., das sieben Stodwerke umfaßt, von den Flammen erfaßt worden. Die Bewohner der angrenzenden Straßen flüchteten in panischem Schrecken aus ihren Häusern. Über 24 Stunden raste die Feuersbrunst mit unermindelter Schärfe. Gegen Morgen wurde das große Lagergebäude der Dänischen Zigarren- und Tabakfabriken von den Flammen erfaßt, die dann weiter auf die großen Geschäftshäuser in der Langgade übergriffen. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen.

Die Brandursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Man fand aber in dem Stall des Holzlagers, in dem das Feuer ausgebrochen war, einen schlafenden Raqabunden, der im letzten Augenblick gerettet werden konnte, und es liegt die Vermutung nahe, daß der große Brand auf eine Fahrlässigkeit dieses Mannes zurückzuführen ist.

Letzte Nachrichten

Die Räumung von Kehl beginnt

616. Kehl a. Rh., 10. Juni. (Tel.) Dienstag vormittag 10.20 Uhr haben 10 Offiziere, 185 Unteroffiziere und Mannschaften sowie 15 Pferde des 1. Bataillons Inf.-Regt. 170 mit einem Sonderzug vom Bahnhof Kehl aus unsere Stadt verlassen, um sich nach ihrer neuen Garnison Geradmer (Rogesen) zu begeben. Pünktlich zur festgesetzten Minute setzte sich der Transportzug nach Verabschiedung der Truppen durch zwei Generäle, einen Regimentskommandeur und den zurückgebliebenen Teil des Offizierkorps unter den Klängen der Regimentskapelle in Bewegung. Als der Zug die Eisenbahnbrücke über den Rhein erreicht hatte, spielte die Kapelle die Marseillaise. Ein zahlreiches Publikum, das sich jeglicher Kundgebung enthielt, wohnte dem Schauspiel bei. Die Bahnsteige waren bis zur Abfahrt von einem Doppelposten abgesperrt.

Die 14. internationale Arbeitskonferenz

W.Z. Genf, 10. Juni (Tel.) Heute vormittag ist die Internationale Arbeitskonferenz des Völkerbundes zu ihrer 14. Tagung zusammengetreten. Deutschland ist durch den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vertreten. Der deutschen Delegation gehören u. a. an: Ministerialdirektor Dr. Siesler vom Reichsarbeitsministerium, Kommerzienrat Vogel als Vertreter der Unternehmer, Hermann Müller-Richtenberg als Arbeitnehmervertreter. Zur Teilnahme sind insgesamt 51 Staaten offiziell angemeldet, eine Höchstbeteiligung, die seit Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation nie erreicht worden ist.

Der Konferenz liegt der vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, erstattete Jahresbericht vor, der die Grundlage für die vorgesehene internationale sozialpolitische Debatte bildet. Einen breiten Raum in diesem Bericht nimmt die Darstellung der wirtschaftlichen Lage in den einzelnen Ländern im Jahre 1929 ein. Außer auf die Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen weist der Bericht auf die fortschreitende Nationalisierung hin. Als charakteristisches Beispiel für deren Wirkung wird Deutschland angeführt, das sich mit besonderer Kraft für die Nationalisierung der Wirtschaft eingesetzt habe mit dem Erfolg, daß von 1925 bis 1929 die deutsche Ausfuhr um 43 Proz. und die Reallohn für gelernte Arbeiter um 19 Proz. für ungelernete um 21 Proz. gestiegen seien. Die Gesamtentwicklung der einzelnen Länder bezeichnet der Bericht als nicht einheitlich. Namentlich in Deutschland rufe das starke Anwachsen der Arbeitslosigkeit große Sorge hervor.

Außer dem Bericht des Direktors stehen drei Fragen auf der Tagesordnung: Die Arbeitszeit der Angestellten, die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken und die Beseitigung bzw. Beschränkung der Zwangsarbeit in den Kolonien und Mandatsgebieten. Aufgabe der Arbeitskonferenz ist es, zu diesen drei Fragen internationale Vereinbarungen zu schaffen. Es liegen dafür einige im wesentlichen bereits bekannte Entwürfe vor.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die Eisenindustrie

W.Z. Berlin, 10. Juni (Tel.) In dem Mandattarif der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie ist der Schiedspruch vom 26. Mai d. J. für verbindlich erklärt worden.

Die Kämpfe in China

Die Nordtruppen in Ssianfu

W.Z. London, 10. Juni. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Die nordchinesischen Verbündeten haben einen bedeutenden Erfolg erzielt. Die frühere Hauptstadt der Provinz Schantung, Ssianfu, ist von ihren Truppen besetzt worden. Anscheinend wurde vorher eine Verständigung zwischen dem Befehlshaber der Garnison und den Angreifern erreicht, denn die Besetzung vollzog sich ohne Kampf.

Andererseits meldet Reuters aus Schanghai: Nach einer amtlichen Verlautbarung der Nationalregierung wurden in einer Schlacht bei Ssintchang, 50 Meilen südlich von Tschengtschau, 20 000 Aufwührer getötet und 10 000 gefangen genommen. 15 000 Aufwührer ergaben sich freiwillig.

Die Sterbeziffer der mit dem Tuberkulosemittel behandelten Säuglinge in Lübeck hat sich über Pfingsten unerwarteterweise von 28 auf 86 erhöht.

Eine Tunnelexplosion in Dalland forderte sechs Todesopfer. Der chinesische Dampfer „Litung“ ist in der Yangtseemündung auf einen Felsen aufgestoßen und gesunken. 100 Passagiere und die Mannschaft sind ertrunken.

Badisches Landestheater

Madame Butterfly

Eine noch kleinere Darstellerin der prägnanten Ostasiatin wird es kaum geben, aber — rein stimmlich betrachtet — vielleicht die eine oder andre noch größere Interpretin auch auf deutschen Bühnen. Doch obwohl die Madame Butterfly eine Riesenspartie ist und wie nur je eine italienische Rolle nach beinahe hochdramatisch gefangener Treibkraft verlangt: wenn Jovita Fuentes, die zum dritten Male darin uns am Pfingstsonntag ihre Aufwartung machte, dieser seltsamen Fataleisen-seele ihre zierliche körperliche Hülle leiht, fragt man nicht mehr viel nach der furiosen Leidenschaft und dem reißenden Fluß, die sonst allein die Figur tragen, sondern ist ganz einfach von dem sinnfälligen Zauber gefangen, den sie mit holdster Naivität als Schwester der zarten Eingeborenen leiht, und mag sie zuweilen auch sehr souverän mit dem — italienisch gefungenen — Text und mit den Melismen der Musik umspringen, dadurch gewinnt die Darstellung des armen Weibes nur an Naturwahrheit und verliert jene fade Süßlichkeit, mit der man gewöhnlich uns diese erotische Poesie zu servieren pflegt.

Was die Heldin des Abends und der fast kindliche Schmelz ihres Soprans angeht, war somit die Aufführung wieder ein voller künstlerischer Genuß. Nicht minder ward sie aber auch durch die bohrende Eindringlichkeit, mit der die anderen Mitspieler die dumpf lastende tragische Grundstimmung vor allem des zweiten und dritten Aktes festzuhalten wußten, von tiefergehender Wirkung. Es muß indessen genügen, hier wenigstens Wilhelm Rentwig und Karlheinz Eber mit Namen anzuführen. Die von Generalmusikdirektor Josef Krups elastisch und rhythmisch unheimlich sensibel dirigierte Vorstellung ging leider bei recht mäßig besuchtem Haus vor sich und bereitete damit jedenfalls dem Kalkulationsbüro eine ziemliche Enttäuschung.

Der deutsche Gesandte in Lissabon ermordet

Der Täter geisteskrank

In Lissabon feierte am Samstag ein Geisteskranker, der Danziger Seemann Riechowski, auf den deutschen Gesandten Albert von Valigand mehrere Schüsse ab, von denen zwei den Gesandten in den Kopf trafen. Trotz aller ärztlicher Bemühungen ist Herr von Valigand seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Mörder erklärte bei seiner Vernehmung, daß er den Gesandten nicht gekannt habe. Er habe eine hochstehende Persönlichkeit töten wollen, um so die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Riechowski gab weiter an, daß er 1921 in Lauenberg (Pommern) aus der Irrenanstalt entwichen sei. Bei den weiteren Vernehmungen sagte er aus, den Revolver habe er bereits vor vier Jahren in Belgien gekauft, wo er damals gelebt habe. Von dort sei er später nach Brasilien und im Jahre 1928 nach Lissabon gekommen. Als er gefragt wurde, wovon er lebe, erklärte er, daß ihm seine Mutter Geld schicke. Die Polizei forschte weiter nach den Gründen des Verbrechens.

Der Verbrecher macht den Eindruck eines an Verfolgungswahnstän Leidenden. Er schläft Tag und Nacht. Anscheinend besitzt Riechowski ein ausgezeichnetes Gedächtnis; er erzählt zahlreiche Vorkommnisse mit Daten und Namen, die auf Grund eines in seinem Besitz vorgefundenen Buches von 400 Seiten Umfang über seine Lebenserinnerungen als richtig erkannt wurden. Die Polizei vernahm auch den zweiten Kommandanten des Kreuzers „Königsberg“ und die beiden Matrosen, die den Täter festnahmen.

Die portugiesische Regierung hat beschlossen, dem verstorbenen Gesandten die einem Botschafter zustehenden Ehren zu erweisen. Alle in Lissabon garnisonierten Land- und See- Streitkräfte werden die Reigenparade bilden, an der auch der Präsident der Republik, die Regierungsmitglieder, das diplomatische Korps und die Besatzung des deutschen Gesandners teilnehmen werden. Die Leiche wird am morgigen Mittwoch durch den Kreuzer „Königsberg“ nach Deutschland überführt werden.

Die Ermordung von Valigands hat in ganz Portugal tiefe Bewegung ausgelöst. Alle Blätter verurteilen und bedauern diese Wahnsinnstat, wobei sie den diplomatischen Verdiensten Dr. von Valigands und seiner Freundschaft für Portugal eine sehr herzliche Würdigung zuteil werden lassen.

Dr. Albert von Valigand

Albert v. Valigand wurde am 23. Oktober 1881 in München geboren. Die Familie v. Valigand stammt aus dem Hennegau und kam über Lothringen und die Pfalz nach Bayern, wo ihre Mitglieder dann im Staats- und Heeresdienst tätig waren.

Auch Albert v. Valigand war ursprünglich aktiver bayerischer Offizier, nahm aber nach wenigen Jahren den Abschied, studierte in München und Würzburg Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Philosophie und wurde 1910 in das auswärtige Amt berufen. Schwer verwundet aus dem Kriege zurückgekehrt, wurde er 1915 zum Legationsrat ernannt und von 1917 bis 1918 mehrfach mit der Führung internationaler Verhandlungen, insbesondere mit der Oststaaten, betraut. Im Jahre 1920 wurde ihm die Leitung des Generalkonsulates in Genf, Ende 1921 die Führung von Verhandlungen mit der Tschechoslowakei übertragen. Von 1922 bis 1925 war er an der Gesandtschaft in Athen tätig. Dann erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt unter Übertragung der Funktionen eines Dirigenten. Seit November 1926 war er als Nachfolger des seitlangem Dirigent der Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung. Im März 1928 wurde er als Nachfolger von Dr. Konek als Gesandter in Lissabon.

Prinz Carol — König von Rumänien

Carol II.

Die rumänische Nationalversammlung hat am Pfingstsonntag den überraschend nach Rumänien zurückgeholten Prinzen Carol zum König proklamiert. Der minderjährige bisherige König von Rumänien Michael, wird Kronprinz. König Carol hat den Eid auf die Verfassung geleistet. In Bukarest herrscht großer Jubel.

Der frühere Kronprinz Carol von Rumänien, der — für das Ausland ganz überraschend — Freitagabend im Flugzeug von Paris über München nach Bukarest zurückgekehrt ist, lebte seit 1925 nach seiner Verzichtleistung auf die Thronfolge und den Prinzentrang, ständig im Ausland.

Prinz Carol, der jetzt im 37. Lebensjahre steht, diente nach Abschluß seiner militärischen Erziehung in Deutschland bis zum Kriegsausbruch beim 1. Gardebataillon zu Fuß. Seine Thronverzichtserklärung von Venedig war nicht die erlie. Noch, dem er im August 1918 in Odessa die Rumänin Cäcilie Lambrino geheiratet hatte, hatte er schon einmal auf den Thron verzichtet. Seiner Mutter, der Königin Maria, gelang es damals jedoch, die Verbindung zu lösen und den Verzicht für ungültig zu erklären. 1921 heiratete der Prinz dann die griechische Prinzessin Helene. Aus dieser Ehe entsproß der kleine Prinz Michael, der nach dem Tode des Könige Ferdinand im Juli 1927 zum König ausgerufen wurde.

Während des Auslandsaufenthalts Carols fanden die Gerüchte, daß der Prinz aus politischen Gründen zurückgetreten sei, dadurch Nahrung, daß die Opposition im rumänischen Parlament für ihn eintrat. Obwohl es im Oktober 1928 zu einer Verählung des Prinzen mit seiner Mutter kam, wurden die Nachrichten von seiner Wiedererhebung als Kronprinz demittiert. Nach dem Tode seines Vaters erließ Carol in Pariser Blättern eine Erklärung, daß er sich seine Thronerhebung vorbehaltlich. Im Oktober 1927 trennte sich Carol vorübergehend von Frau Lupescu. Es schien eine Erhebung in Rumänien zu seinen Gunsten in Vorbereitung zu sein. Carol blieb jedoch vorläufig in Frankreich, obwohl er dort wegen angeblicher Deutschfreundlichkeit nicht gern gesehen war. Später versuchte er von England aus einen Staatsstreich in Rumänien zu unternehmen. Er beabsichtigte, durch Flugzeuge Manifeste in Rumänien verbreiten zu lassen. Durch das Eingreifen der englischen Regierung, die den Prinzen des Landes verwies, mißlang dieser Versuch. Der Prinz, der darauf auf Chateau d'Ardenne bei Namur Wohnung nahm, wurde dann im Juli 1928 von der Prinzessin Helene geschieden.

Die Frage der Kabinettsbildung in Rumänien

W.Z. Bukarest, 10. Juni. (Tel.) In politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß sich König Carol bei der Bildung der neuen Regierung streng an das parlamentarische Regime halten wird. In erster Linie kommt nach Ansicht der führenden parlamentarischen Kreise ein Konzentrationsskizett unter Beibehaltung der jetzigen Volksvertretung in Betracht. An die Spitze eines solchen Kabinetts, dessen Zustandekommen im Falle der Teilnahme eines Teils der Liberalen sicher ist, würde voraussichtlich Maniu oder Titulescu treten. Weiter wird auch von der Möglichkeit einer reinen national-garamitischen Regierung gesprochen, als deren Präsident ebenfalls Maniu genannt wird.

Badischer Teil

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt

Das Staatsministerium hat den Kaiser Karl Bindel aus Kronau, der vom Schwurgericht Karlsruhe am 9. Januar 1930 wegen der Ermordung seiner Geliebten zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Zum Ausscheiden des Abg. Dr. Trunt aus dem Parlament

Kurz vor Schluß der Tagung des Landtags hat Minister a. D. und Abg. Dr. Trunt sein Mandat als Abgeordneter des Badischen Landtags aus Gesundheitsgründen niedergelegt, nachdem er schon einige Tage zuvor der Zentrumsfraktion und seinem Wahlkreis von dieser Absicht Kenntnis gegeben hatte. Dazu schreibt der „Bad. Beob.“ u. a.:

Wie die Fraktion und der Wahlkreis, so bedauert sicherlich die ganze badische Zentrumspartei auf das Lebhafteste, daß die Rücksichtnahme auf seine Gesundheit Herrn Dr. Trunt zwingt, dem parlamentarischen Leben zu entsagen. Herr Dr. Trunt hat in jahrzehntelanger, treuer Mitarbeit an führenden Stellen in der Zentrumspartei sich größte Verdienste erworben. Schon in jungen Jahren hat er trotz starker Inanspruchnahme durch seine Anwaltspraxis die Zentrumspartei in Karlsruhe geleitet. Durch das Vertrauen der Partei in den Stadtrat von Karlsruhe berufen, wirkte er, dank seines reichen Wissens und seiner großen politischen Begabung, mit großem Erfolg und zum Wohle der Allgemeinheit. In den Tagen der Staatsumwälzung im November 1918 war er einer jener Männer, die mutig und entschlossen sich dem Radikalismus entgegenstellten, um möglichst bald im Lande Baden wieder Ordnung und Frieden sicherzustellen. Er übernahm in der Volksregierung zunächst das Ernährungsministerium, das in jenen furchtbaren ersten Monaten schwerste Aufgaben zu lösen hatte. Am 5. Januar 1919 wurde er auch als Abgeordneter in die Verfassungskonferenz badische Nationalversammlung und damit in den neuen Badischen Landtag gewählt.

Nach Inkrafttreten der neuen Staatsverfassung im Frühjahr 1919 wurde Dr. Trunt Justizminister und im August 1920 Staatspräsident. Dieses höchste Amt in unserem Staate hat er wiederholt bekleidet. Das Justizministerium leitete er über 10 Jahre in geradezu vorbildlicher Weise. Als Staatspräsident, als Minister wie als Abgeordneter hat Dr. Trunt seine ganze Kraft, sein ernstes Wollen und sein umfassendes Wissen in den Dienst des Staates und des Volkes gestellt. Als Volksvertreter hat er in der Ausübung seiner Mandatspflicht wie als Minister den gewaltigen Aufgaben der Neuordnung im Staatsleben und in den Gebieten seiner Amtsverwaltung sich mit der ihm eigenen Energie und Gründlichkeit und mit einer bis zur letzten Grenze der Gesundheit gehenden Selbstaufopferung gewidmet.

So nimmt die Zentrumspartei auch jetzt beim Ausscheiden des Herrn Dr. Trunt aus dem Parlament nochmals Anlaß, ihm für seine treue Hingabe an seine Pflichten, für seine ehm. Opferbereitschaft und sein unermüdetes Wirken im Dienste von Heimat und Volk und nicht zuletzt für seine Arbeit in der Partei wärmsten Dank zu sagen.

Die Lehrpläne der höheren Lehranstalten

Der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Nemmele, hat an die Direktoren der höheren Lehranstalten einen Erlaß gerichtet, demzufolge im Hinblick auf die immer wieder laut werdenden Klagen über starke Überlastung der Schüler beabsichtigt ist, mit Beginn des Schuljahres 1931/32 die höchstzulässige Pflichtstundenzahl unter gleichzeitiger Beschränkung des Lehrstoffes auf 32 und die Stundenzahl für die Teilnahme am wahlfreien Unterricht auf höchstens 4 festzusetzen. Die Direktoren werden auf 1. Juli d. J. um Vorschläge für die künftige Gestaltung der Lehrpläne ersucht.

Verwaltungsrat der Reichspost

Wie aus Berlin berichtet wird, hat das Reichspostministerium die Absicht, einer Einladung der badischen Regierung Folge zu leisten und im Laufe des Monats September d. J. eine Sitzung in Baden-Baden abzuhalten.

Wie ferner mitgeteilt wird, wurden in der vor kurzem abgehaltenen Vollversammlung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost Änderungen größeren Umfangs in der Zusammensetzung des Ausschusses vom Verwaltungsrat vorgenommen. Der Ausschuß wird sich im Laufe der kommenden Monate mit einer ganzen Reihe besonders wichtiger und dringlicher Post- und Fernsprecherkehrsfragen zu befassen haben. Wiedergewählt wurde Gewerkschaftssekretär Erling in Karlsruhe, Mitglied des Reichstags.

Aus der badischen Industrie

Besuch bei Daimler-Benz Gagnenau. Die 17. internationale Tagung des Verbandes der Leiter städtischer Fuhrparks und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands in Stuttgart, die mit einer ausgezeichnet besuchten Ausstellung verbunden war, fand für eine große Anzahl von Teilnehmern, darunter dem Präsidenten des Verbandes, Direktor Adolphs, dem Fuhrparkleiter der Stadt Berlin, Direktor Erdmann, dem Fuhrparkleiter der Stadt Stuttgart, Direktor Burger, dem Fuhrparkleiter der Stadt Paris und des Departements Seine, Collin, mit einer dreitägigen Fahrt von Stuttgart nach Gagnenau in Mercedes-Benz Fernreiseomnibussen ihren Abschluß. Nach konnte noch das Kloster Hirsau und Herrenalb besichtigt werden. Eine eingehende Führung durch das große Werk der Daimler-Benz Aktiengesellschaft in Gagnenau vermittelte den etwa 100 Besuchern aus dem In- und Ausland den Eindruck, daß in Gagnenau deutsche Qualitätsarbeit auch auf dem Gebiete der Kommunalfahrzeuge geleistet wird.

Gemeinderundschau

Der Voranschlag der Stadt Offenburg, der dem Bürgerausschuß überreicht wurde, enthält auch eine Zusammenstellung des Schulstandes und der Schuldenberzinsung. Hiernach hat die Stadt Offenburg zur Zeit eine Liegenschaftsschuld von 163 990 RM mit einem Zinsaufwand von 10 067 RM, eine Darlehensschuld von 4 935 943 RM (Zinsen 332 555 RM), wovon auf die Wohnungsfürsorgekasse fallen 2 252 562 RM mit einem Zinsaufwand von 144 524 RM. Diese Schuldenvermehrung und Steigerung der Zinslast bedingt gegenüber dem Vorjahr eine Mehrbelastung im Voranschlag von 74 000 RM. Der Fürsorgeaufwand ist ebenfalls gestiegen und erfordert 52 000 Reichsmark mehr. Ein Überschuß aus früheren Wirtschaftsjahren steht nicht mehr zur Verfügung, was um so bedauerlicher ist, als die Zuweisungen an Reichsteuern gegenüber dem Rechnungsergebnis von 1929 sich um 55 000 RM verringert haben. Auf der anderen Seite war es möglich, verschiedene Einsparungen bei den Schulen und auch bei der Verwaltung vorzunehmen, und man hat zur Ausgleichung des Defizits von 579 200 RM auch zu einer Erhöhung der Abgaben der städtischen Betriebe mit 66 000 RM sich entschlossen.

Der Streit um die Heidelberger Müllabfuhr. Der Stadtrat Heidelberg lehnte das Angebot einer privaten Firma ab und beschloß, die Müllabfuhr auf weitere 5 Jahre der Holzindustrie AG. zu übertragen.

Der Konstanzer Voranschlag. Der Stadtrat Konstanz schlägt zur Deckung des ungedeckten Aufwands für 1930 die Erhebung folgender Gemeindesteuern von 100 RM Steuerwert des Grundvermögens 90 Pf. vom 100 RM Steuerwert des Betriebsvermögens 36 Pf. vom Gewerbeertrag 675 Pf. Außerdem soll eine Miete für Gasmesser und Stromzähler erhoben werden. Die Beratung des Voranschlags im Bürgerausschuß soll am Mittwoch, 2. Juli erfolgen. Beim Ministerium soll beantragt werden, daß das Schulgeld für die hiesigen Mittelschulen auf 150 RM, wie seither festgesetzt wird. Eine Erhöhung auf 200 RM wird somit abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt

Pfingsten im Badnerland

Die herrlichen, sonnenbeglänzten Pfingstfeiertage brachten landauf, landab einen ungewöhnlich starken Ausflugsverkehr. Wohl selten wurde die beliebte Sonntagsfahrstraße der Reichsbahn in solchem Ausmaß in Anspruch genommen, wie an diesem Pfingstfest. Ein riesiger Menschenstrom ergoß sich über unsere Schwarzwaldbäder und -höhen, aber auch in Schwäbingen mit seinem einzigartigen Schloßgarten, sowie in der alten Pfaffenstadt am Neckarstrand und im romantischen Neckartal selbst bis hinauf nach Heilbronn und darüber, in der Pfalz wimmelte es von Wanderlustigen.

Tausende und Abertausende erfreuten sich am Reichtum der gerade im Badenlande so vielfältigen Natur. Starke Fremdenzug hatte auch die Landeshauptstadt, die manchen Sehenswerte an Bäumen und gärtnerischen Anlagen bietet, vor allem aber im Stadtpark mit Tierpark, ein Kleinod besitzt, das an den beiden sonnigen Pfingsttagen wieder Zehntausende lud. Reges Leben herrschte ferner auf dem Ausstellungspalast, wo Badens ehemalige Pioniere Wiedersehen feierten, nachdem sie sich bereits am Samstag zu einem Bankett in der Festhalle vereinigt hatten und am ersten Feiertage im städtischen Festsaal durch die Stadt marschiert waren. Schließlich darf man den Badenländer der Weisse nicht vergessen, wo man sich zeitweilig durch ein lebensgefährliches Gedränge winden mußte.

Neben den ungezählten Autos und Kraftposten, die das Land durchzogen, sah man allenthalben vollgefüllte Züge und namentlich am Montagabend wurden an die Reichsbahn, wie an die Zubringerlinien die stärksten Anforderungen gestellt, als es galt, das Reisevolk wieder heimwärts zu befördern. Man hat es sich auf einen Nischenverkehr eingestellt. So kamen und verließen den Karlsruher Hauptbahnhof allein über 130 Züge. Der Verkehr hat sich dank des gutgeschulten Personals reibungslos abgewickelt.

Starke Pfingstverkehre hatte auch der südliche Schwarzwald. An beiden Pfingstfeiertagen war der Fremdenverkehr in Freiburg überaus lebhaft. Einen großen Prozentfuß der auswärtigen Besucher bildeten Schweizer, Österreicher und Württemberger. Auch holländische Omnibusse waren zu sehen. Die Hotels waren voll besetzt, so daß viele Besucher Freiburgs in Gaststätten der Umgebung Unterkunft suchen mußten. Am ersten Feiertage hatten die Schwarzwaldbäder stark unter der Ungunst der Witterung zu leiden.

Billige Sonderfahrten zum Welttreffen der Badener. Zur genauen Orientierung aller Interessenten, die zum „Badener Heimattag“ vom 11. bis 14. Juli 1930 nach Karlsruhe reisen wollen, hat die Geschäftsstelle des Heimattages soeben einen Prospekt herausgegeben, in welchem sechs Sonderzüge mit Fahrplan und allen in Betracht kommenden Justizstationen enthalten sind. Die Sonderzüge werden größtenteils so geführt, daß die Reisenden noch am Abend rechtzeitig zur feierlichen Eröffnung des Welttreffens der Badener in Karlsruhe ankommen. Die einzelnen Sonderzüge sind von Dortmund, von Hamburg, von Berlin, Dresden, München und Basel zu benutzen.

Der Zirkus Sarrafini bekommt eine eigene Straßenbahnhaltestelle. Um dem zu erwartenden Massenverkehr zum Zirkus Sarrafini, welcher vom 16.—22. Juni auf der Wiese an der Durlacher Landstraße seine imposante Zeltstadt aufschlagen wird, gerecht zu werden, wird an der Straßenbahn während der ganzen Gastspielzeit eine Sonderhaltestelle vor dem Hauptportal des Zirkus Sarrafini eingerichtet. Die Straßenbahnlinie 1 wird verkehrt, die Straßenbahnlinie 2 vom Schlachthof bis zum Zirkus durchgeführt und außerdem besondere Einfahrwagen laufen gelassen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß eines über das europäische Festland ausgebreiteten Hochdruckrückens, der am Sonntag durch eine neue Hochdruckwelle von Westen her vorübergehend verstärkt worden war, hat das heitere und trockene Wetter auch über die Feiertage bis heute angehalten. Zu Gewittern kam es nur vereinzelt im südlichen Schwarzwald, da das Aufkommen nordöstlicher Winde die Erwärmung tagsüber in mäßigen Grenzen hielt. Gegenwärtig befinden wir uns an der Vorderseite einer nördlich England erschienenen atlantischen Zykclone. Die Winde haben bereits wieder nach Westen gedreht. Wetterausblick: Noch meist heiter, tagsüber schwül, vielenorts Gewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schweres Unwetter im Oberrhein

Ein schweres Unwetter ging am Pfingstsonntag zwischen 5 und 6 Uhr über dem Oberrhein nieder. Besonders schwer wurde die Ortsgasse Luzzingen bei Lorrach heimgesucht. Auf der alten Lutzstraße schloß das Wasser als reißender Bergbach zu Tal, Schutt und Geröll mit sich hinwegschwemmend. Das Wasser grub 70 bis 80 Zentimeter tiefe Rinnen in die Straßen und riß vielfach die Pflastersteine aus dem Boden heraus. Zement, Kies und Holz, die vielfach vor den Häusern aufgestapelt waren, wurden von der Gewalt des Wassers mitgerissen. Die Wasserablaufgräben wurden bis zu 1,70 Meter tief ausgehöhlt. Die ganze Straße ist gesperrt. Noch um 12 Uhr nachts ergossen sich ganze Bäche über die Straße nach dem unteren Dorf hinunter. Die Fundamente des im Bau befindlichen neuen Wasserreservoirs wurden vollkommen eingebüßt. Zahlreiche Gießel sind umgekommen.

Dr. Mannheim, 7. Juni. Der Rechnungsrat A. vom Amtsgericht Ludwigshafen beziffert sich an staatlichen Gelbtern — es wird die Summe von 10 000 RM genannt — und wurde seines Amtes entbunden. Er irrte seitdem umher bis ihn Kinder in völlig erschöpftem Zustand im Neckarauer Wald auffanden. Die Höhe der Unterzahlungen wird von anderer Seite sogar auf 13 000 bis 15 000 RM beziffert. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist eingeleitet.

Dr. Mannheim, 9. Juni. Am Pfingstsonntag war das städt. Bad von rund 15 000 Personen besucht. Im Laufe des Tages waren 24 leichtere Unfälle zu verzeichnen, bei denen die Sanitätswache in Tätigkeit trat. Schwere Unfälle traten nicht ein.

Heidelberg, 8. Juni. Hier wurde eine Vereinigung Heidelberger Referendare gegründet. Sie hat sich die Aufgabe gesetzt, zur Förderung der Interessen der Referendare während ihrer Ausbildungszeit und zur Pflege der gesellschaftlichen Beziehungen unter ihren Mitgliedern und zu den älteren Juristen beizutragen. Es ist geplant, mit den übrigen badischen Ortsgruppen in Verbindung zu treten. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Referendaren: G. Bredt, Häußlerstraße 39; F. M. Joseph, Lauerstraße 3; M. Schererberg, Sandshühler Landstraße 25.

Dr. Heidelberg, 16. Juni. Das große süddeutsche Sängerefest wurde am Samstagabend durch eine Totengedenkfeier am Kriegerdenkmal eingeleitet. Daran schloß sich ein eindrucksvolles Festkonzert mit Bankett. Am Sonntag waren viele Tausende aus Baden, der Pfalz, Württemberg, Hessen und anderen Teilen Süddeutschlands, auch aus dem Saargebiet, herbeigezogen. Der Mittelpunkt der Festlichkeiten war der großartige Festplatz, der in zahlreichen Gruppen ein anschauliches Bild bot. Gesang und Wein waren hierbei die ausschlaggebenden Grundtöne. Das große süddeutsche Sängerefest fand einen schönen Abschluß auf dem Festplatz, auf dem Mänschenhöhe ein eindrucksvolles Konzert boten.

Dr. Baden-Baden, 10. Juni. Am Pfingstmontag 17 1/2 Uhr stürzte in der Nähe des Baden-Badener Flugplatzes ein auf einem Krobeflug befindliches Leichtflugzeug aus Böblingen aus einer Höhe von etwa 300 Meter ab. Es wurde völlig zertrümmert. Der Flugzeugführer Hans Schütz erlitt innere Verletzungen, die aber nicht lebensgefährlich sind. Er wurde ins städtische Krankenhaus verbracht.

Dr. Baden-Baden, 10. Juni. Beim Spielen sprang das 6 1/2 Jahre alte Stündchen Rudolf des Wagnermeisters Odenwald über die stark befahrene Siedentaler Straße und wurde dabei vom Automobil eines Fremdenläder Wagenvermieters erfasst, zu Boden geschleudert und mehrere Meter weit geschleift. Das Kind erlitt an Kopf, Brust, Schultern und Gliedmaßen schwere innere und äußere Verletzungen. Es erlag seinen Wunden sechs Stunden nach dem Unfall im städtischen Krankenhaus.

Dr. Forstheim, 7. Juni. Auf einer Geschäftsreise in Spanien begriffen, ist dem Forstheimer Fabrikanten Max Kollmar bei Barcelona ein Autounfall zugefallen. Sein Kraftwagen kollidierte mit einem anderen Auto, wobei sich Herr Kollmar einen Schlüsselbeinbruch und zwei Rippenbrüche zuzog. Einige weitere Ansassen erlitten gleichfalls schwere Verletzungen.

Dr. Freiburg, 6. Juni. Im Alter von 62 Jahren ist nach längerer Krankheit Medizinalrat Dr. Ernst Baader gestorben. Er hat sich besondere Verdienste um die Bekämpfung der Tuberkulose erworben. Zehn Jahre war er Bezirksarzt in Offenburg und seit 1919 in Freiburg tätig. Auch in Sportkreisen spielte der Verstorbene eine Rolle.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Juni		6. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.35	168.69	168.35	168.69
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30	112.04	112.26
Italien . . . 100 L.	21.925	21.965	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.342	20.382	20.343	20.383
New York . . . 1 D.	4.1875	4.1955	4.187	4.195
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	81.085	81.245	81.04	81.20
Wien 100 Schilling	59.045	59.165	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.417	12.437	12.422	12.432

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Juni hat sich in der verfloßenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 239,7 Mill. Reichsmark auf 4572,7 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 22,6 Mill. Reichsmark auf 330,2 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 56,5 Mill. Reichsmark auf 2998,5 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 53,8 Proz. in der Vorwoche auf 57,3 Proz., diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 61,1 Proz. auf 65,6 Proz.

Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe

Die Spareinlagen im Reiche stiegen im Jahre 1929 von 6,99 auf 9 Milliarden Reichsmark, in Baden von 346,7 auf 490,3 Millionen Reichsmark und bei der Sparkasse Karlsruhe von 27,4 auf 35,2 Millionen Reichsmark. Auf den Kopf der Bevölkerung werden zu dem gleichen Zeitpunkt errechnet im Reiche 110,18 RM bzw. 141,72 RM, in Baden 154,56 RM bzw. 212,02 Reichsmark, Karlsruhe 180,13 RM bzw. 225,96 RM. Die Zahl der Sparbücher bei der Sparkasse Karlsruhe stiegen im Berichtsjahre von 37 857 auf 43 604. Unter den Sparern überwiegen 17 264 Personen ohne Beruf, Rentner und Privatier, 11 079 Beamte, Angestellte und Lehrlinge. Dann folgen 5702 Arbeiter, 3499 Hausangestellte, während die Angehörigen freier Berufe nur 1402 und die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden 1655 Sparere stellen. Das durchschnittliche Guthaben eines Sparbuches betrug am Schlusse des Berichtsjahres 808,66 RM gegenüber 725,07 RM im Vorjahre. — Die Aufwertungsabteilung zahlte 1929 an Kapital und Zinsen insgesamt 1 630 308 RM aus. — Eine ganz erhebliche Steigerung hat der Hypothekendarlehenverkehr erfahren. Auf Jahresfluß waren 26,9 Millionen in 1879 Posten ausgeliehen. — Der Gesamtumsatz der Sparkasse stellt sich 1929 auf 56 578 653 RM. Der Reingewinn beziffert sich auf 159 499 RM.

Bereinigtes Badische Staatsbahnen Dierheim-Nappena u. a., Bad Nappena. Die Einnahmen aus Salinen- und Bäderbetrieb, Wasser- und Elektrizitätswerk zeigen im Jahre 1929 nach dem vorjährigen Rückgang wieder eine Steigerung auf 1 937 958 Reichsmark (i. V. 1 774 169 Reichsmark gegen noch 1 859 235 Reichsmark in 1927). Andererseits sind auch die Ausgaben für Nachzins und sonstige Unkosten nicht detailisiert von 1 670 616 (1 726 620) auf 1 853 874 Reichsmark angestiegen, so daß auschl. 37 208 (40 655) Reichsmark Gewinnvortrag ein Reingewinn von 84 084 (103 553) Reichsmark verbleibt. In der Bilanz erscheinen neben dem Aktienkapital von 200 000 Reichsmark, der Reserve von unv. 20 000 und der Spezialreserve von unv. 60 000 Reichsmark Schulden mit 562 512 (364 701) Reichsmark erhöht. Die Aktive weist an Vorräten 146 298 (141 128), an Forderungen und Bankguthaben 630 986 (445 413) Reichsmark, an Wertpapieren 165 686 (165 913) Reichsmark, an Postfach und Kasse 20 659 (36 555) Reichsmark aus. Der Beamtenpensionsfonds hat sich von 41 000 auf 41 106 Reichsmark auf beiden Seiten der Bilanz leicht erhöht.

Gebr. Simmelsbach AG. in Freiburg i. Br. In der am 28. Juni stattfindenden ordentlichen Generalversammlung soll u. a. über die Verabreichung des Grundkapitals Beschluß gefaßt werden.

Rheinkraftwerk Albrud-Dogern-Anleihe. Die 5 1/2prozentige Fr. 40-Mill.-Anleihe der Rheinkraftwerk Albrud-Dogern AG. (Albrud) (Rhein) ist, wie aus Zürich gemeldet wird, überzeichnet worden.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die badische Gewerbesteuer 1930.

Nach dem Gesetz vom 15. April 1930 über die weitere Hinauschiebung der Bindung einzelner Länder und Gemeinden an die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte (RStG. I S. 142) besteht für das Land Baden sowie für seine Gemeinden und Kreise keine Verpflichtung, den Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1930 die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte zugrunde zu legen. Infolgedessen sind für die Veranlagung der genannten Steuern für das Rechnungsjahr 1930 nochmals die Vorschriften des bestehenden Grund- und Gewerbesteuergesetzes und der Vollzugsverordnung hierzu maßgebend.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung über das Betriebsvermögen sind daher verpflichtet:

Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leistung die natürlichen Personen, die juristischen Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, die nicht rechtsfähigen Vereine, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, sowie die Zweigvermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die am 1. Januar 1930 (Stichtag) ein steuerpflichtiges Gewerbe im Sinne des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in Baden ausüben und ein steuerbares Betriebsvermögen von mindestens 2000 M, bei landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Unternehmungen von mindestens 5100 M gehabt haben. Steuerpflichtige, die bereits zur Steuer vom Gewerbebetrieb veranlagt sind, haben eine Steuererklärung über das Betriebsvermögen nur abzugeben, wenn der bisher veranlagte Steuerwert ihres Betriebsvermögens sich um mindestens 2000 M erhöht hat.

Steuerpflichtig ist der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaus und des stehenden Gewerbes. Die Ausübung einer künstlerischen, wissenschaftlichen, schriftstellerischen, unterrichtenden, erziehenden oder sonstigen freien Berufstätigkeit ist steuerpflichtig, wenn damit ein mit besonderen Einrichtungen verbundener Geschäftsbetrieb verknüpft ist. Nach Art. 14 des Gesetzes vom 16. April 1930 (RStG. S. 81) unterliegen jedoch auch die den Beruf selbständig oder zum Teil als Selbstbediente ausübenden Rechtsanwältinnen, Ärzte, Zahnärzte, staatlich geprüften Dentisten, Tierärzte, Architekten, Ingenieure und Geometer der Gewerbesteuer mit dem Ertrag aus dieser Berufstätigkeit, die Selbstbedienten nur mit ihrem über die feste Besoldung hinausgehenden Berufseinkommen. Die Finanzämter werden diesen Verpflichtigen Fragebogen wegen des Ertrags zufenden.

Steuerpflichtig ist der Unternehmer, d. h. derjenige, auf dessen Rechnung der Betrieb geht.

Zur Abgabe einer Steuererklärung über das Betriebsvermögen sind auch Personen verpflichtet, für welche die Voraussetzungen der gewerblichen Besteuerung zwischen dem 1. Januar 1929 und dem 1. Januar 1930 entstanden sind und geendet haben. Maßgebend ist in diesen Fällen der Stand der Verhältnisse am ersten des Monats, der auf den Beginn des Gewerbebetriebs folgt.

Bisher steuerpflichtige Personen, die zur Abgabe einer Steuererklärung über das Betriebsvermögen keine Verpflichtung haben, sind befugt, eine solche innerhalb der nachstehend bezeichneten Frist abzugeben, wenn sie glauben, eine Verichtigung ihrer Steuerveranlagung beanspruchen zu können, gegebenenfalls um ihre gänzliche Befreiung aus der Steuerliste nachzusuchen. Das gleiche gilt für Anträge wegen des Grundvermögens. Diese Anträge sind bei dem Finanzamt zu stellen, in dessen Bezirk das Grundvermögen liegt. Anträge auf Herabsetzung der Steuerwerte des Grundvermögens lediglich mit Rücksicht auf die allgemein verschlechterten Wirtschaftsverhältnisse kann nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen keine Folge gegeben werden.

2. Die hiernach zur Abgabe von Steuererklärungen Verpflichteten werden aufgefordert, die Erklärungen unter Benutzung der vorgefertigten Vordrucke in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1930 bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Erklärungen können vom 10. Juni 1930 von dem unterzeichneten Finanzamt und den Rathenbüchereien bezogen werden. Auch werden Vordrucke während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr abgegeben. Die Erklärungen sind schriftlich (zweimächtigweise eingeschrieben) einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben (vormittags 8 bis 12 Uhr).

3. Die Finanzämter werden Vordrucke zu Gewerbesteuererklärungen nur den Verpflichtigen zufenden, von denen sie annehmen, daß bei ihnen eine Erhöhung des Betriebsvermögens gegenüber dem Stand am 1. Januar 1929 um mindestens 2000 M eingetreten ist. Pflichtige, bei denen dies zutrifft, sind, wenn ihnen ein solcher Vordruck nicht zugeht, gleichwohl verpflichtet, eine Erklärung abzugeben. Dies gilt auch für die freien Berufe hinsichtlich des Ertrags aus dieser Tätigkeit.

Wird die Frist zur Abgabe der Erklärungen nicht eingehalten, so kann jeweils ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des zur Erhebung gelangenden Steuerbetrags festgesetzt werden. Die Abgabe der Erklärungen kann durch Geldstrafe erzwungen werden. Wer aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit unrichtig oder unvollkommene Angaben über sein steuerpflichtiges Vermögen macht oder durch Nichtabgabe einer Erklärung steuerpflichtiges Vermögen verschweigt, setzt sich schweren Strafen aus.

Karlsruhe, den 6. Juni 1930. Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

KommunalDarlehen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Lest Bücher! Wissen gibt Macht!

Do., 12. Juni: Ein Mastenball. Fr., 13. Juni: Die andere Seite. So., 15. Juni, zum ersten Male: Der lustige Krieg. Mo., 16. Juni: Die andere Seite.

Zwangsversteigerung.

4 V. 12/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Freitag, den 1. August 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück des Alfred Schloß, Bauunternehmer in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 25. April 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 25. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Geldverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:
Grundbuch Karlsruhe Band 593 Heft 8:
Lfd. Nr. 6754/1: 7 a 81 qm Bauplatz an der Satterstraße.
Schätzungspreis: 12500 M.

Karlsruhe, den 4. Juni 1930. D. 587
Bad. Notariat IV - Vollstreckungsgericht -

Hochbauarbeiten für das Aufnahmehaus mit angebauter Güterhalle und für das Nebengebäude des Bahnhofs Griesbach öffentlich zu vergeben:
Schreiner, Schlosser, Installations-, Maler-, Tüncher-, Tapezierarbeiten. Pläne und Bedingungen beim unterzeichneten Amt und dessen Zweigbüro in Bad Peterstal zur Einsicht, wo die Angebotsvordrucke, solange Vorrat, abgegeben werden. Versand nach auswärts nur nach vorheriger Einbindung des Postgebühres. Keine Abgabe von Zeichnungen. Angebote mit entsprechenden Aufschreift, verschlossen und postfrei bis 20. Juni 1930, vormittags 11 Uhr, hierher einzufenden. Zuschlagsfrist bis 20. Juli 1930. D. 588
Reichsbahn-Neubauamt Duppau.

D. 579. Karlsruhe. Das Kontroversverfahren über das Vermögen des Handelsmanns **Jewel Meer** in Karlsruhe, Kronenstr. 30 wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 30. Mai 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.



Badisches Landestheater

Dienstag, 10. Juni
Vollst. u. 1. Juni. Vorstellung.

Die andere Seite

Drama von Herrick
Regie: Daumbach

Mitwirkende: Dahlen, Gemmede, Graf, Hiel, Just, Kloebe, Müller, Prütter, Schulze, v. d. Trenck, S. Kienhöfer, Luthar.

Anfang 19¹ / Ende geg. 22¹ / Preise A (0,70-5 M)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Mittwoch, 11. Juni

* E. 26. Th.-Gem. I. S.-Gr.

Der fidele Bauer

Operette von Fall

Dirigent: Reilberth
Regie: Ammermann

Mitwirkende:

Blant, Genter, Seiberlich, Aras, Kallab, Köhler, Müller, Sauer, Schäfer, Tubach, J. Gröbinger, Kalnbach, Kiefer, Kloebe, Kaufkötter, Köfer, Pentwid, Prütter, Aras, Kilian, Lindemann, Nagel, Nibinius.
Anfang 20 / Ende 22¹ / Preise C (1-7 M)

Do., 12. Juni: Ein Mastenball. Fr., 13. Juni: Die andere Seite.

So., 15. Juni, zum ersten Male: Der lustige Krieg.

Mo., 16. Juni: Die andere Seite.

Zentralhandelsregister für Baden

Schleibert in Ludwigs- hafen a. Rh. ist Prokura erteilt. Der Geschäfts- zweig ist jetzt: Handel mit chem.-pharmazeuti- schen und diät. Präpara- ten.

Fritz Baumann & Sohn, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

b) Vom 15. Mai 1930. **Grün & Biffinger M- tiengesellschaft, Mann- heim:** Der Geschäfts- vertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 5. Mai 1930 in dem § 4 ergänzt und in § 20 Ziffer 3 (Anteil des Auf- sichtsrats am Jahres- gewinn) abgeändert. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Mannheimer Milchgen- trale Aktiengesellschaft, Mannheim: Auf Grund der bereits durchgeführten Beschlüsse der General- versammlungen vom 6. November 1929 und 8. April 1930 ist das Grund- kapital um 255 000 M erhöht. Das Grundkapital beträgt jetzt 200 000 Reichsmark. Der Geschäftsvertrag ist durch die Beschlüsse der General- versammlungen vom 6. November 1929 und 8. April 1930 geändert in den §§ 4 (Veranlagungen), 5 (Grundkapital- Anteilverteilung), 12, 14, 15 (Aufsichtsrat), 19 (Stimmrecht in der Generalversammlung), 24 (Beschlüsse der General- versammlung über Ände- rung des Geschäftsver- trags) und 27 (Vertei- lung des Reingewinns). Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist jetzt eingeteilt in 550 Aktien der Gattung A von je 100 M und 2550 Aktien der Gattung B über je 100 M. Alle Aktien lauten auf Namen. Die Aktien der Gattung A erhalten, nach- dem auf alle Aktien eine Dividende bis zu 8 Proz. ausgeschüttet ist, aus dem verbleibenden Überschuß des jährlichen Reinge- winns eine weitere Divi- dende von 1 Proz. Die 2550 neuen Aktien der Gattung B werden zum Nennbetrag ausgeben. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

Geol. Aktiengesellschaft, Mannheim: Johann Ger- hard van der Beiden und Philipp Schöffel sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. Albrecht Holland, Kauf- mann, Altona-Wahrenfeld, und Fritz Viktor Willer, Kaufmann, Berlin, sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

Rheinische Porzellan- fabrik, Gesellschaft mit be- schränkter Haftung, Mannheim: Der Geschäftsvertrag ist am 24. Mai 1930 festgesetzt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, vertritt jeder die Gesellschaft allein. Die Gesellschaft dauert bis 31. Dezember 1931. Wird sie nicht sechs Monate vor Ablauf von einem der Geschäftsführer durch ein- geschriebenen Brief an die Gesellschaft aufgelündigt, so verlängert sie sich je- weils um ein weiteres Jahr. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichs- anzeiger. 3. 6. 1930.

Trier & Gros, Karls- ruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist geändert in: Trier & Gros Inh. August Schmitt. Einzellkaufmann: August Schmitt, Maurermeister, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Ge- schäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Ge- schäfts durch August Schmitt ausgeschlossen. 3. 6. 1930.

Kaufhaus Lutterfall & Z. Vetter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Geschäftsvertrag ist am 26. April 1930 festgesetzt. Gegenstand des Unter- nehmens ist: die Fortfüh- rung der bisher unter der Firma Kaufhaus Lutter- fall & Z. Vetter be- triebenen Möbel- und Zer- tilhandlung sowie der Ver- trieb aller mit diesem Unternehmen im Zusam- menhang stehenden Artikel im weitesten Umfang. Das Stammkapital be- trägt 160 000 M. Hein- rich Vetter, Kaufmann,

2. Wera, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Gisstr. 30): Gegenstand des Unterne- mens: Fabrikation und -trieb von Mineral- wasser und ähnlichen Er- frischungsgenständen, Bier sowie Kunsteis. Die Gesellschaft darf sich an Unternehmungen mit ähn- lichen Geschäftszweigen be- teiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stamm- kapital: 20 000 M. Ge- schäftsführer: Josef Wera, Kaufmann, Büch, Franz Wera, Kaufmann, Karls- ruhe. Der Geschäfts- vertrag ist am 23. Mai 1930 festgesetzt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung.

3. Madsloffe Druckerei, Verlag und Papierwaren- fabrik, Aktiengesellschaft, Karlsruhe: Durch Be- schluss der Generalver- sammlung vom 10. Mai 1930 wurde der Gesell- schaftsvertrag in den §§ 9 Abs. 2 (Wahl des Auf- sichtsrats) und 13 (Ver- gütung des Aufsichtsrats) geändert.

4. Karlsruher Warm- industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. 2. 6. 1930.

5. Verlag für Zah- nung und Körperpflege, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Kaiserallee 115): Gegen- stand des Unternehmens: Herausgabe und der Ver- trieb eines Kalenders für Zahnarzt und Körper- pflege. Durch einstimmi- gen Beschluß der Gesell- schafter kann die Gesell- schaft sich auch mit Ver- lagsgeschäften ähnlicher Art befassen oder sich an gleichartigen Unterneh- mungen beteiligen. Stammkapital: 21 000 M. Geschäftsführer: Otto Schwab, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesell- schaftsvertrag ist am 24. Mai 1930 festgesetzt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, vertritt jeder die Gesellschaft allein. Die Gesellschaft dauert bis 31. Dezember 1931. Wird sie nicht sechs Monate vor Ablauf von einem der Geschäftsführer durch ein- geschriebenen Brief an die Gesellschaft aufgelündigt, so verlängert sie sich je- weils um ein weiteres Jahr. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichs- anzeiger. 3. 6. 1930.

6. Trier & Gros, Karls- ruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist geändert in: Trier & Gros Inh. August Schmitt. Einzellkaufmann: August Schmitt, Maurermeister, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Ge- schäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Ge- schäfts durch August Schmitt ausgeschlossen. 3. 6. 1930.

7. Trier & Gros, Karls- ruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist geändert in: Trier & Gros Inh. August Schmitt. Einzellkaufmann: August Schmitt, Maurermeister, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Ge- schäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Ge- schäfts durch August Schmitt ausgeschlossen. 3. 6. 1930.

8. Trier & Gros, Karls- ruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist geändert in: Trier & Gros Inh. August Schmitt. Einzellkaufmann: August Schmitt, Maurermeister, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Ge- schäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Ge- schäfts durch August Schmitt ausgeschlossen. 3. 6. 1930.

Mannheim. A. 159
Handelsregistereinträge.
a) Vom 14. Mai 1930. Robert Krause, Mann- heim: Dem Ludwig

Mannheim, ist Geschäfts- führer. Der Frieda Veit- geborene Müller in Mannheim ist Prokura erteilt. Sind mehrere Ge- schäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen vertreten. Der Geschäfts- führer Heinrich Vetter, Kaufmann in Mannheim, ist berechtigt, die Gesell- schaft selbständig zu ver- treten, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Als nicht einge- tragen wird veröffentlicht: Der Geschäftsführer Kaufmann Heinrich Vetter in Mannheim bringt das von ihm unter der Firma Kaufhaus Lutter- fall & Z. Vetter in Mannheim betriebene Möbel-, Porzellan-, Glas- und Textilien- geschäft nebst Zubehör mit Aktiven und Passiven und samt der Firma nach dem Stand vom 1. Januar 1930 als Sacheinlage der- gestellt in die Gesellschaft ein, daß das Geschäft vom 1. Januar 1930 an als für Rechnung der Ge- sellschaft mit beschränkter Haftung geführt gilt. Der Reinertrag des Geschäfts beträgt nach Abzug der Verbindlichkeiten gemäß der einen Bestandteil des Gesellschaftsvertrags bil- denden Bilanz 135 000 M. Die Stammeinlage dieses Gesellschafters mit 135 000 M ist durch diese Sacheinlage geleistet. Die gesellschaftlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichs- anzeiger veröffentlicht. Geschäftslokal: N 7, 18/19. Bad. Amtsgericht, Z.-O. 4, Mannheim.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.

Philippburg. D. 581
Handelsregistereintrag A. D.-Z. 144: Firma Anna Bogelbacher, Kirrlach. In- haber Anna Bogelbacher, ledig, in Kirrlach. Dem Kaufmann Oskar Simon und Werkmeister Lorenz Bogelbacher in Kirrlach ist Prokura erteilt. Philippburg, 4. 6. 1930.